

Einflußlose Statsberatung

Sitzung der Auer Stadtverordneten — Vergleich mit der Kirche erneut abgelehnt — Beginn der Haushaltsplan-Beratung — Die Stadt am Ende der Kraft

„Wird nicht durchgeführt!“

Diesen kategorischen Satz hat gestern im Rahmen seiner Statsrede, wenn man von einer Statsrede im Sinne der einstigen Zeit der Blüte der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt noch sprechen will, Erster Bürgermeister Hofmann gesprochen und damit eigentlich das Kommando zum Abbruch der Statsberatung durch die Stadtverordneten gegeben. Das Stadtverordnetenkollegium hat sich aber im Gegensatz zu den Körperschaften anderer Orte entschlossen, eine Scheinberatung durchzuführen und mit der Generalausprache, die sich ebenso auf eine reine Ansichtsäußerung ohne irgendwelche gravierenden Folgerungen bescheiden werden muß wie die Stellungnahme zu den einzelnen Statskapiteln ist gestern begonnen worden. Nebenher wird sich nichts daran, daß der Etat in seinen wesentlichen Bestandteilen ein unbestimmter Plan bleibt, dessen Durchführung nicht mehr nach den Gesichtspunkten kommunalparlamentarischen Schattens und Waktens, sondern lediglich nach dem Ermessen der Verwaltungsleitung erfolgt. Die kommunale Selbstverwaltung hat viele Freunde. Aber sie ist trotzdem zu einem illusorischen Begriff geworden. Man wird hoffen, daß es sich dabei nur um einen vorübergehenden Zustand handelt. Und vielleicht ist es darum nicht falsch, einen Schein-Stat scheinbar zu beraten und über Dinge zu reden, denen man im Stadtparlament keine Richtung mehr geben kann.

Sitzungsbericht:

Stadtv.-Vorst. Hentschel eröffnet die Sitzung und macht zunächst einige Mitteilungen zur Tagesordnung. Stadtv. Dr. Wilschke beantragt, bei der Beratung des Stats die Redezeit zu den einzelnen Kapiteln auf 10 Minuten zu beschränken. Mit der von Stadtv. Bauh (Soz.) beantragten Einschränkung, daß die Beschränkung der Redezeit sich nicht auf die Generaldebatte beziehen soll, wird der Antrag gegen die Stimmen der SPD. angenommen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wird dann eine Beschwerte des Stadtv. Lenk (Natsoz.) behandelt, in der der Beschwerdeführende sich gegen die Handhabung der Geschäftsordnung in der Sitzung vom 23. Mai wendet. Stadtv. Lenk beantragt in seiner Beschwerte die Aufhebung der in der bezeichneten Sitzung erteilten Ordnungsstrafe und Ermahnungen und einen Beschluß des Kollegiums, nach welchem es für die Zukunft für eine andere Handhabung der Geschäftsordnung garantieren soll. Beide Anträge werden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Kommunisten abgelehnt.

Erneut beschäftigt man sich anschließend mit der bekanntlich schon mehrfach behandelten Angelegenheit des Vergleichs zwischen der Stadt und der Kirche wegen der Entschädigung für die Kantorswohnung.

Wir haben schon in unserer Sonntagsausgabe über den Stand der Dinge berichtet, die Vizebürger Dr. Schmidt als Berichterstatter im einzelnen darlegt. Wesentlich hat sich ja das Bezirksamt als zuständige Behörde dem Standpunkt des Stadtrates angeschlossen und Dr. Schmidt empfiehlt mit einem Hinweis auf die Ausichtslosigkeit eines Prozesses, nun endlich dem Vergleich zuzustimmen. Stadtv. Bauh erklärt, daß die Sozialdemokraten bei ihrem ablehnenden Standpunkt bleiben, ist aber für Verweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuß. Erster Bürgermeister Hofmann gibt Erläuterungen über die Höhe der Entschädigung, die sich auf jährlich 506 Mark belaufen soll und bittet nochmals, dem Vergleichsabschluss zuzustimmen. Stadtv. Hergert verweist darauf, daß die Kirche angesichts der Tatsache, daß Tausende von Rentnern und Sparern ihre Ersparnisse verloren haben, ihre Forderung auf ein annehmbares Maß zurückzuführen müsse. Stadtv. Dr. Wilschke erklärt, daß man durch die Vermeidung eines aussichtslosen Prozesses 4 bis 5000 Mark sparen könne und fordert die Nationalsozialisten zur Zustimmung auf. Stadtv. Lenk (Natsoz.) erklärt, daß die Nationalsozialisten auf ihrem alten Standpunkt ständen, nach welchem die Forderung der Kirche zu hoch sei. Die Stadt könne es ruhig auf die Entscheidung der letzten Instanz ankommen lassen. Er stimmt der Verweisung an den Verfassungsausschuß zu. In der Abstimmung wird dann die Durchführung des Vergleichs in der vom Rat vorgeschlagenen Weise gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, daß nun der Rat weitere Schritte von sich aus unternehmen könne, was aber nicht unterbinde, daß die ganze Angelegenheit noch im Verfassungsausschuß behandelt wird. Ein Antrag auf Verweisung in den Ausschuß wird einstimmig angenommen. Das Haus hört nun die

Statsrede

des Ersten Bürgermeisters Hofmann

Im verfloffenen Jahre, so beginnt der Erste Bürgermeister, sei in der Zeit der beginnenden Statsberatung die Lage schon äußerst trostlos gewesen und sie sei in ihrer ganzen Trostlosigkeit bis zum heutigen Tage noch erheblich gewachsen. Am 31. Dezember des vorigen Jahres zählte man in Aue 1040 Wohlfahrtserwerbslose und bis jetzt sei die Zahl auf 1449 gestiegen. Die steigende Erwerbslosigkeit wird sich natürlich in sehr starkem Maße auf die Be-

haltung des Haushaltsplanes aus. Noch nie habe der Baumarkt in Aue

so daniebergelegen wie jetzt und bisher ist in diesem Jahre in Aue noch kein Bau in Angriff genommen worden, während man in der Umgebung immerhin hier und da noch etwas von Bautätigkeit beobachten könne. Diese trostlose Lage auf dem Baumarkt wirkt sich mit Hinsicht auf die Schlüsselstellung des Baugewerbes natürlich in sehr starkem Maße auf die Lage im Handwerk unserer Stadt aus.

Der Haushaltsplan, der Ihnen vorliegt, fährt der Erste Bürgermeister fort, ist ein Produkt der Not und des Zwanges, an dem wenig zu ändern ist und dem die völlige, durch die letzte Rotverordnung mit ihren Bestimmungen über die Kommunalverwaltung noch verstärkte

Einflußlosigkeit des Stadtverordnetenkollegiums gegenübersteht. Die kommunale Selbstverwaltung ist, leider, vollkommen untergegangen.

Der Erste Bürgermeister weist dann auf die Nachsorge hin, die ihm in die Hand gegeben sind und ihn ermächtigen, Beschlüsse des Kollegiums nicht durchzuführen, wenn er als Leiter der Verwaltung die Ueberzeugung hat, daß die Durchführung der Beschlüsse der Stadt zum Schaden gereichen könnten. Er geht dann auf die einzelnen Statskapitel ein und betont, daß es sich um einen ausgeprochenen

Nothaushalt

handelt, in dem zusammengestrichen wurde, wo sich die Möglichkeit auch nur in geringster Hinsicht ergab. Gegenüber dem des Vorjahres weist der Stat, wie der Bürgermeister anführt, 276 000 Mark an Einsparungen auf. Im Wohlfahrtserwerbslosentat mußten aber 478 000 Mark mehr angelegt werden als im Vorjahre. Beherrschend sind die Statziffern von dem ungeheuren

Rückgang der Steuern.

In das verfloffene Statsjahr ging man mit einem Fehlbetrag von 154 491 Mark hinein und am Jahresabschluss hat sich gezeigt, daß sich der

Fehlbetrag auf 354 918 Mark erhöht

hat, und zwar trotz der Einsparungen, die in der Verwaltung durch die Behaltsfahrungen usw. gemacht werden konnten. Ganz rapide ist der Rückgang der Steuern. Bei der Einkommensteuer, die nur 230 000 Mark einbrachte, hatte man einen Ausfall von 150 000 Mark zu beklagen. Die Körperschaftsteuer erbrachte anstelle von 49 000 Mark nur 22 000 Mark und auch bei der Umsatzsteuer war ein Rückgang von 5000 Mark zu verzeichnen. Man hat die Girokasse in Anspruch nehmen müssen und die Reserven der städtischen Werke wurden fast völlig aufgebraucht.

Beim Frankenhäus hat man, wie angenommen wurde, mit einem Zuschuß von 58 000 Mark abgeschlossen. Zum

außerordentlichen Nothaushaltsplan

fährte der Erste Bürgermeister aus, daß man durch die ständig steigenden Ziffern der Wohlfahrtserwerbslosen in der letzten Zeit bedeutend weniger an Reichszuschüssen erhalten als im vorigen Jahre. Erforderlich seien im Monat jetzt rund 65 000 Mark für die Unterfütterung und man erhalte an Reichszuschüssen etwa 18 000 Mark.

„Wir sind“, so erklärte der Erste Bürgermeister, „am Ende unserer Kraft. Ich werde der Kreishauptmannschaft berichten, daß wir vielleicht in 14 Tagen nicht mehr in der Lage sein werden, die Unterfütterung an die Wohlfahrtserwerbslosen auszuführen. Alle Hilfestellungen haben sich als unzulänglich erwiesen und die Gemeinden haben vergeblich auf die befreiende Tat gewartet.“

Im Rotetat haben wir nahezu eine halbe Million Fehlbetrag. Vielleicht werden es 300 000 Mark sein, vielleicht

Planen. Ein angriffslustiger Rehbod. In den Vormittagsstunden wurde ein Handlungsgehilfe an der Sadera von einem Rehbod angefallen und dabei am linken Fuß verletzt. Der Angefallene mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am gleichen Tage in den Abendstunden. Diesmal sprang der Rehbod eine Verkäuferin an und warf sie zu Boden. Mit zerrissenen Kleidern und Strümpfen und Hautabrisierungen am Bein mußte die Verkäuferin den Heimweg antreten. Es ist damit zu rechnen, daß der Bod in aller nächster Zeit abgeschossen wird.

Leipzig. Politische Ausschreitungen. Bei einem von etwa 3000 uniformierten Nationalsozialisten am Montagabend im Osten der Stadt durchgeführten Propagandamarsch versuchten Andersdenkende, den Umzug an verschiedenen Stellen durch Barrikaden zu stören. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die Ruhestörer vor und beseitigte unter Mitwirkung der Feuerwehr die Hindernisse. Dabei kam es an einer Stelle zu einem ersten Zusammenstoß, so daß die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Ob Personen dabei verletzt wurden, steht noch nicht fest. Die Ruhe ist inzwischen wieder hergestellt.

Aus Böhmen

4 Tote bei einem Autounfall

Prag, 27. Juni. Zwischen Komotan und Brzürzte ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen in einer scharfen Kurve in den Straßengraben. Der Wagen wurde

weniger, vielleicht mehr. Alle Zahlen und Ziffern stehen ja in dieser Zeit völlig

im Zeichen der Unbestimmtheit.

Zum Schluß weist der Erste Bürgermeister darauf hin, daß natürlich trotz aller Ungewißheit an allen Stellen der Verwaltung mit eiserner Sparsamkeit gewirtschaftet werde und er schloß mit der Hoffnung auf Zeiten, in denen wieder eine gesunde und klare Gestaltung der kommunalen Stats möglich sein möge.

Die allgemeine Aussprache

über den Haushaltsplan eröffnete der kommunistische Stadtv. Brandt, der den Etat in seiner Gesamtheit als die Lebenslage der breiten Massen schmälernd kritisiert und als undiskutabel hinstellt.

Die Aussprache wird dann nicht fortgesetzt, sondern die öffentliche Sitzung auf nächsten Montag vertagt. Das Kollegium tritt nun in die

nichtöffentliche Sitzung

ein, in der Stadtv. Dr. Otto mit den Stimmen der Bürgerlichen auf weitere 12 Jahre zum besoldeten Stadtrat gewählt wird.

Der Haushaltsplan

Unbestimmte Zahlen

Der Hauptabschluss des ordentlichen Stats balanciert in seiner ursprünglichen Form mit 3 007 084 Mark in Einnahmen und Ausgaben bei einem Fehlbetrag von 154 345 Mark. Es sind aber dann an Anteilen aus Landessteuern (Aufwertungssteuern) nachträglich anstelle von 54 000 M. 100 000 Mark eingesetzt worden und dazu 22 000 Mark an Strafen- und Schleusenreinigungsbahgabe, im ganzen also 68 000 Mark mehr. An Wiedereinnahmen wurden nachträglich 630 Mark (Wannenbäder) eingesetzt, so daß sich der Fehlbetrag von 154 345 Mark auf 86 975 M. ermäßigt.

Der außerordentliche „Not-Anhangs-Haushaltsplan“ weist auf der Einnahmenseite 452 400 Mark, auf der Ausgaben-seite 858 000 Mark auf, so daß also ein Fehlbetrag von 405 600 Mark vorhanden ist. Im Jahre 1931 schloß der Not-Stat auf der Ausgaben-seite mit 380 000 Mark ab.

Zur Statsberatung, die am nächsten Montag fortgesetzt wird, liegen dem Kollegium folgende Nachträge zur Gemeindesteuerordnung als Ratovorlagen vor:

„Die Stadtverordneten haben mit Zustimmung des Stadtrates folgenden Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung beschlossen:

§ 1.
Die nach § 30 des Gewerbesteuer-gesetzes und § 32 des Grundsteuergesetzes vom 30. Juli 1926 in der Stadt Aue zu erhebende Zuschlagssteuer wird mit Wirkung vom 1. April 1932 an auf 140 v. H. der staatlichen Steuer festgesetzt.“

„Die Stadtverordneten zu Aue haben mit Zustimmung des Körperschaftlichen Rates, gestützt auf die Bestimmungen in § 6 der Realsteuerwertverordnung 1932 und § 23 Absatz 2 des Gewerbesteuerertragsgesetzes, folgende ortsgesetzlichen Bestimmungen beschlossen:

1.
In der Stadt Aue wird eine Gewerbefiskalsteuer erhoben für alle Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen, die in der Stadt Aue eine Betriebsstätte unterhalten, ohne hier ihre Betriebsleitung zu haben.

2.
Der Gewerbesteuerlag beträgt für diese Fiskalbetriebe 20 v. H. mehr als für die übrigen in Aue zur Gewerbesteuer herangezogenen Unternehmungen.“

vollkommen geträumert. Vier Insassen sind kurz nach dem Unfall ihren Verletzungen erlegen.

Rundfunk-Programm für Mittwoch

Königswusterhausen (Welle 1635)
06.20 ca.: Konzert. 09.00 Schulfunk. Fütterung eines See-Elefanten. 09.30 Sterbende Volkskunst. 10.10 Schulfunk. Bei den afrikanischen Riesen. 11.05 Messe. 12.00 Wetter für die Landwirtschaft. Anschl.: Aus Wagners „Parshal“. Anschl.: Wetter (Wiederholung). 14.00 Konzert. 15.00 Schwedische Bauernhöfe, Wasserfälle und Wälder. 15.45 Landfrau und Weltwirtschaftskrise. 16.00 Die Erforschung des deutschen Volkstums durch den Atlas der deutschen Volkskunde. 16.30 Konzert. 17.30 Streifzüge durch das Bürgerliche Gesetzbuch. 18.00 Das Orchester und seine Instrumente. 18.30 Kann Film Kunst sein. 18.55 Wetter für die Landwirtschaft. 19.00 Welt-politische Stunde. 19.20 Die Beamten-schaft und das alami-sche Ueberfüllungsproblem. 19.40 Viertelstunde Funk-technik. Anschl.: Wetter (Wiederholung). 20.00 Musik-lisches Durcheinander. 22.30 Wetter-, Tages- und Sport-nachrichten. Anschl.: Abendunterhaltung.

Leipzig (Welle 529)

06.20 ca.: Konzert. 08.15 Einiges über Kochgeschirr. 10.10 Schulfunk. Bei den Riesen in Afrika. 12.00 Mit-tagskonzert. 14.00 Wir bauen uns ein Rundfunkgerät. 15.00 Funbericht aus Wehlen a. Elbe. 16.00 Für die Jugend. 18.10 Pädagogischer Funf. 18.30 Italienisch. 18.55 Was erwarten Sie von Olympia? 19.05 Das Erdöl und seine Bedeutung im Wirtschaftleben. 19.30 Unter-haltungskonzert. 20.45 Wad in die Zeit. 21.00 „Der Bettel-kauf mit dem Schatten“. 22.15 Nachrichten-dienst. Anschl. bis 24.00 Unterhaltungsmusik.